

BRIEFING: MENSCHENRECHTLICHE LAGE IN VENEZUELA

(Stand August 2024)

Autor: Sebastian Lupke, Länderkoordinationsgruppe Chile-Venezuela

Venezuela befindet sich in einer multiplen, sich fortwährend verschärfenden Menschenrechtskrise. Amnesty International hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich dokumentiert, wie regierungskritische Proteste unter dem Einsatz massiver und tödlicher Gewalt seitens der Sicherheitskräfte niedergeschlagen wurden¹, Regierungsgegner*innen oder als solche wahrgenommene Personen Opfer von extralegalen Hinrichtungen², willkürlichen Inhaftierungen³ und Folter⁴ wurden, sowie Ziel staatlicher Diffamierungskampagnen⁵ waren. Im Jahr 2022 kam eine von den Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige Fact-Finding Mission zu dem Schluss, dass diese genannten schweren Menschenrechtsverletzungen im Wissen, Einvernehmen und teilweise auf aktive Anordnung höchster Regierungskreise hin stattfinden und eine systematische, staatlich orchestrierte Repressionspolitik zur Unterdrückung jeglicher Kritik darstellen⁶. Der Internationale Strafgerichtshof ermittelt gegen Präsident Nicolás Maduro aufgrund mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Am 28. Juli 2024 fanden Präsidentschaftswahlen statt, die bereits im Vorfeld von einem Klima stetig anwachsender Repression geprägt waren, darunter dem Ausschluss der aussichtsreichsten Oppositionskandidatin, zahlreichen Verhaftungen von Mitgliedern oppositioneller Parteien sowie willkürlichen Repressalien gegenüber Unterstützer*innen der Opposition⁷. In der Wahlnacht erklärte der regierungsnahen Nationale Wahlrat noch vor Beendigung der Auszählung Nicolás Maduro mit 51 Prozent der Stimmen zum Wahlsieger, legte jedoch auch einen Monat später noch keine transparenten und

¹ Amnesty International, 14.05.2019: Hunger for justice: Crimes against humanity in Venezuela. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/0222/2019/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

² Amnesty International, 18.02.2021: Venezuela: Impunity in the face of lethal policy of social control. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/3632/2021/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

³ Amnesty International, 29.08.2023: Lifes detained: Politically-motivated arbitrary detentions continue in Venezuela. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/7077/2023/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

⁴ Amnesty International, 04.09.2020: Dying before a judge: The arbitrary detention, enforced disappearance, torture and death of Rafael Acosta Arévalo. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/2909/2020/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

⁵ Amnesty International, 10.02.2022: Calculated repression: Correlation between stigmatization and politically motivated arbitrary detentions. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/5133/2022/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

⁶ UN-Fact Finding Mission, 20.09.2022: Third report on Venezuela, UN Doc A/HRC/51/43; Third report on Venezuela – Detailed Findings: Crimes against humanity committed through the State’s intelligence services: structures and individuals involved in the implementation of the plan to repress opposition to the government, UN Doc A/HRC/51/CRP.3.

⁷ Amnesty International, 15.04.2024: Venezuela: Alarming persecution of critical and dissident voices intensifies. Link: <https://www.amnesty.org/es/documents/amr53/7949/2024/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024); Amnesty International, 25.07.2024: Venezuela: After an electoral period marked by repression, a commitment to human rights is imperative. Link: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/07/venezuela-after-electoral-period-marked-repression-commitment-human-rights-imperative/> (letzter Abruf: 28.08.2024).



vollständigen Ergebnisse vor, die diesen proklamierten Sieg bestätigen könnten⁸. Das Oppositionsbündnis veröffentlichte eigene Belege, wonach tatsächlich der oppositionelle Herausforderer Edmundo González Urrutia mit großer Mehrheit gewonnen habe⁹. Das US-amerikanische Carter-Center¹⁰ sowie ein Expertengremium der Vereinten Nationen¹¹, denen als einzigen unabhängigen Wahlbeobachtungsmissionen die Einreise gestattet wurde, kamen beide zu der Schlussfolgerung, dass die Wahl keinerlei demokratischen Standards genüge und es ihr an Integrität und Glaubwürdigkeit mangle. In der Folge hat ein Großteil der internationalen Staatengemeinschaft Nicolás Maduros Wahlsieg nicht anerkannt und besteht auf der Präsentation eines vollständigen und unabhängig überprüfbareren Ergebnisses.

Seit der Wahlnacht erlebt Venezuela die massivsten landesweiten Proteste seit 2019, die vonseiten der Sicherheitskräfte mit brutaler Repression beantwortet werden. Nach Erkenntnissen von Amnesty International¹² wurden zwischen dem 29. Juli und dem 08. August bereits mehr als 2.000 Personen willkürlich verhaftet und mindestens 17 Personen getötet, wobei die Zahlen täglich weiter ansteigen. Unterstützt werden die Sicherheitskräfte hierbei von bewaffneten regierungstreuen Gruppierungen, den sogenannten „Colectivos“, die seit Jahren unzählige Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung begehen¹³ und für ihre Unterstützung bei der Umsetzung der systematischen Repressionspolitik auf eine weitreichende Straffreiheit vertrauen können. Unter den Inhaftierten befinden sich teils hochrangige Oppositionspolitiker*innen und mehrere Journalist*innen, der Großteil der Festnahmen betrifft jedoch Personen, die lediglich im Rahmen von friedlichen Protestkundgebungen oder in den Sozialen Medien ihre Kritik an Nicolás Maduro äußerten, darunter auch mehr als einhundert Minderjährige¹⁴. Zahlreiche dieser Personen wurden inzwischen aufgrund des Vorwurfs des „Terrorismus“ angeklagt, während ihnen Verfahrensrechte wie der Kontakt zu einem Rechtsbeistand sowie Familienangehörigen systematisch verweigert werden. In einer Fernsehansprache vom 02. August kündigte Maduro die Errichtung neuer

⁸ Tagesschau, 29.07.2024: Wahlbehörde erklärt Maduro zum Sieger. Link:

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/venezuela-maduro-wahl-102.html> (letzter Abruf: 28.08.2024).

⁹ Die Opposition beruft sich auf die Auszählungsergebnisse aus mehr als 80 Prozent aller landesweiten Wahllokale, nach denen Nicolás Maduro lediglich 30 Prozent der Stimmen und Edmundo González Urrutia 67 Prozent der Stimmen erhalten habe. Die so erhaltenen Ergebnisse hat das Oppositionsbündnis nach Wahllokalen aufgeschlüsselt auf der Homepage <https://resultadosconvzla.com/> (letzter Abruf: 28.08.2024) öffentlich zugänglich gemacht.

¹⁰ The Carter Center, 30.08.2024: Carter Center Statement on Venezuela Election. Link:

<https://www.cartercenter.org/news/pr/2024/venezuela-073024.html> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹¹ Deutsche Welle, 14.08.2024: UN stellen Präsidentenwahl in Venezuela infrage. Link: <https://www.dw.com/de/un-stellen-pr%C3%A4sidentenwahl-in-venezuela-infrage/a-69935525> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹² Amnesty International, 08.08.2024: Mehr als 2.000 Menschen wegen friedlicher Proteste in Haft. Link:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/venezuela-mehr-als-2000-menschen-wegen-friedlicher-proteste-haft> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹³ Amnesty International, 28.02.2023: Asylgutachten an das Verwaltungsgericht Dresden zu Erkenntnissen über die Colectivos. Link: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2023-03/Amnesty-Gutachten-Asyl-venezolanische-Staatsangehoerige-Dresden-Februar-2023.pdf> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹⁴ UN-Fact Finding Mission, 12.08.2024: Venezuela Fact-Finding Mission calls for end of repression, thorough investigations, after elections. Link: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/08/venezuela-fact-finding-mission-calls-end-repression-thorough-investigations> (letzter Abruf: 28.08.2024).



Hochsicherheitsgefängnisse zur „Zwangsarbeit“ und „Umerziehung“ seiner politischen Gegner*innen an¹⁵.

Seit der Präsidentschaftswahl ist außerdem ein erheblicher Anstieg bei der Sperrung von Nachrichtenseiten, sozialen Plattformen und anderen Internetseiten zu verzeichnen, wie die Organisation „Venezuela sin filtro“¹⁶ dokumentierte. So waren unter anderem die Plattformen X (ehemals Twitter), Reddit und Signal durch staatliche Behörden blockiert worden. Internetblockaden und die Sperrung von als „kritisch“ betrachteten Seiten sind ein regelmäßig angewandtes Mittel autoritärer Staaten, die Meinungsfreiheit einzuschränken und zu verhindern, dass Belege gewaltsamer Repression nach außen dringen. Weiterhin rief Nicolás Maduro offen dazu auf, alle Personen, die Kritik am offiziellen Wahlergebnis äußern, über die von der Regierung mitentwickelte Smartphone-App „VenApp“ zu denunzieren. Die bereits seit 2022 im Umlauf befindliche App wurde hierfür offenkundig mit zusätzlichen Funktionen ausgestattet, um tatsächliche oder vermeintliche Regierungsgegner*innen den Behörden zu melden, wodurch diese der akuten Gefahr von willkürlichen Inhaftierungen oder anderen schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt werden. Zwar wurde die App inzwischen von Google Play sowie aus dem App Store entfernt, kann aber weiterhin von denjenigen benutzt werden, die sie bereits vorher heruntergeladen hatten¹⁷.

Am 15. August beschloss die von der Regierungspartei dominierte Nationalversammlung außerdem das „Gesetz über die Kontrolle, Regulierung, Funktionsweise und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen“, das bereits seit dem vergangenen Jahr internationale Kritik und Ablehnung auslöste¹⁸. Das Gesetz verpflichtet zivilgesellschaftliche Organisationen zur Herausgabe sensibler Informationen über ihre Mitglieder sowie von ihnen unterstützte Personen, verbietet ihnen jegliche „politische Aktivitäten“, ohne diesen Terminus zu definieren, und sieht drakonische Strafen bei Zuwiderhandlung vor. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes ermöglicht damit eine noch willkürlichere Kriminalisierung und Verfolgung von als „kritisch“ angesehenen Organisationen und ihrer Mitglieder. Zahlreiche Fälle inhaftierter Menschenrechtsaktivist*innen wie Javier Tarazona¹⁹ und Rocío San Miguel²⁰, die regelmäßig aufgrund von „Aufstachelung zum Hass“ angeklagt werden, belegen, wie

¹⁵ NTN24, 02.08.2024: Maduro anunció la creación de dos cárceles de máxima seguridad para manifestantes en Venezuela. Link: <https://www.youtube.com/watch?v=w4JSCaukv4> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹⁶ VE sin filtro, 13.08.2024: Venezuela silencia las voces críticas en internet. Link: <https://vesinfiltrro.com/noticias/2024-08-13-silencian-voces-criticas-en-internet/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹⁷ Amnesty International, 07.08.2024: Venezuela: Tech companies set dangerous precedent with app for reporting anti-government protesters. Link: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/08/venezuela-tech-companies-set-dangerous-precedent-with-app-for-reporting-anti-government-protesters/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹⁸ Amnesty International, 19.08.2024: Venezuela passes „anti-NGO-law“ that punishes efforts to assist victims and defend human rights. Link: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/08/venezuela-aprobacion-ley-anti-onq-castiga-asistencia-victimas-defensa-derechos-humanos/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

¹⁹ Amnesty International, 26.05.2023: Briefe gegen das Vergessen: Javier Tarazona. Link: <https://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/venezuela-javier-tarazona-2023-05-26> (letzter Abruf: 28.08.2024).

²⁰ Amnesty International, 20.02.2024: Venezuela: Menschenrechtlerin muss freigelassen werden. Link: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/venezuela-menschenrechtlerin-muss-freigelassen-werden-2024-02-21> (letzter Abruf: 28.08.2024).



bewusst ungenau definierte Strafparagrafen bereits seit Jahren zur systematischen Verfolgung kritischer Stimmen missbraucht werden.

Zusätzlich zur allgegenwärtigen politischen Repression leidet die Bevölkerung unter einem komplexen humanitären Notstand mit schwerwiegenden Auswirkungen auf ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Nach letzten verfügbaren Angaben der Plattform HumVenezuela sind mehr als zwei Drittel der Bevölkerung von mehrdimensionaler Armut betroffen, 45 Prozent der Bevölkerung leiden an Ernährungsunsicherheit und jedes dritte Kind gilt als chronisch unterernährt²¹. Nahezu 95 Prozent der Bevölkerung verfügen über kein ausreichendes Einkommen, um ihre Grundbedarfe an Lebensmitteln, Unterkunft oder Bekleidung und damit eine menschenwürdige Lebensgrundlage sicherzustellen²². Im Juni 2024 betrug der monatliche Mindestlohn umgerechnet noch 3,23 US-Dollar, die monatlichen Lebenshaltungskosten für eine durchschnittliche venezolanische Familie wurden jedoch auf 550,39 US-Dollar geschätzt, was dem 170-fachen des Mindestlohnes entspricht²³.

Der komplexe humanitäre Notstand hat weiterhin zu einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems geführt. Im Jahr 2023 verfügten bereits 70 Prozent der Bevölkerung über keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen mehr, 80 Prozent aller Krankenhäuser im Land waren unter anderem aufgrund Medikamentenmangels nicht mehr funktionsfähig oder hatten ihren Betrieb bereits komplett eingestellt, zahlreiche Krankheiten konnten innerhalb des Landes nicht mehr adäquat behandelt werden²⁴.

Aufgrund dieser multiplen Menschenrechtskrise sind in den vergangenen zehn Jahren 7,7 Millionen Menschen aus Venezuela geflohen, was etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes entspricht²⁵. Ein Großteil von ihnen sucht in anderen südamerikanischen Ländern Zuflucht, aber auch in Deutschland wurden im Jahr 2023 insgesamt 3.756 Asylanträge venezolanischer Staatsangehöriger registriert²⁶. Bereits in einer Analyse²⁷ vom Oktober 2023 kommt Amnesty International zu dem Schluss, dass aufgrund der objektiven Umstände im Land und des komplexen humanitären Notstands für alle Venezolaner*innen das Risiko eines ernsthaften Schadens für Leben, Sicherheit und Freiheit besteht, und fordert daher alle Staaten dazu auf, keine Abschiebungen nach

²¹ HumVenezuela, 30.11.2023: Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela. Link: <https://reliefweb.int/report/venezuela-bolivarian-republic/follow-report-complex-humanitarian-emergency-venezuela-november-2023> (letzter Abruf: 28.08.2024).

²² Ebd.

²³ CENDAS-FVM, 23.07.2024: Canasta alimentaria familiar, junio 2024. Link: <https://fvmaestros.org/caf-junio-2024/> (letzter Abruf: 28.08.2024).

²⁴ HumVenezuela, 30.11.2023: Follow-up Report on the Complex Humanitarian Emergency in Venezuela. Link: <https://reliefweb.int/report/venezuela-bolivarian-republic/follow-report-complex-humanitarian-emergency-venezuela-november-2023> (letzter Abruf: 28.08.2024).

²⁵ Inter-Agency Coordination Platform for Refugees and Migrants from Venezuela (R4V), 03.06.2024: Refugees and Migrants from Venezuela. Link: <https://www.r4v.info/en/refugeeandmigrants> (letzter Abruf: 28.08.2024).

²⁶ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 08.01.2024: Asylgeschäftsstatistik 01-12/23. Link: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Asylgeschaeftsstatistik/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistik-kumuliert-2023.html?nn=284746> (letzter Abruf: 28.08.2024).

²⁷ Amnesty International, 19.10.2023: Venezuela: International protection needs of Venezuelan nationals. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/7331/2023/en/> (letzter Abruf: 28.08.2024).



Venezuela durchführen. Insbesondere für Menschenrechtsverteidiger*innen, Mitglieder oppositioneller Parteien, soziale Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Journalist*innen sowie für Familienangehörige dieser genannten Gruppen und anderen mit ihnen in Verbindung stehenden Personen besteht eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung. Grundsätzlich besteht aber für alle Personen, die Kritik an der Regierungspolitik äußern oder als Gegner*innen der Regierung angesehen werden, die realistische Gefahr einer Verfolgung aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Einstellung.

